

Evangelische Verantwortung

Friedenspolitik im 21. Jahrhundert

von Dr. Angela Merkel

Die Friedenspolitik ist ein zentrales Thema, das viele von uns in diesem Jahr bereits umgetrieben hat, uns gegenwärtig noch auf den Nägeln brennt und uns auch in der nahen Zukunft sicherlich noch vielfach beschäftigen wird.

Die letzten Monate, die ja zum Teil durch sehr kontroverse Diskussionen, speziell über außenpolitische Fragestellungen, gekennzeichnet waren, geben auf vielfältige Art und Weise Anlass dazu, die Friedensfrage



„Die Frage lautet: ‚Wofür sind wir denn bereit zu kämpfen?‘“

noch einmal etwas grundsätzlicher zu stellen und die damit verbundenen politischen Herausforderungen vielleicht noch etwas weiter und umfassender als bisher in den Blick zu nehmen.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Themen:

Editorial	3
Bischof Krug: Mehr Himmel auf Erden	8
Leserforum: Sozialstaat – wohin?	13
Danke, Jochen Borchert!	18

FRIEDENSSICHERUNG ALS NATIONALE AUFGABE

Wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang darum die innenpolitische Dimension der Friedensfrage zu sein, also sozusagen die mit der Friedenssicherung in unserem eigenen Land verbundenen Aufgaben. Vielleicht muss in Zukunft erst noch eine größere Sensibilität dafür geschaffen werden, dass äußerer und innerer Frieden immer zusammen gehören und niemals getrennt werden dürfen.

Blicken wir zunächst auf die nationale Ebene, auf die Bundesrepublik Deutschland, dann stellen sich vor allem die folgenden Fragen: Was ist das Selbstverständnis der Menschen in unserem Land? Wie möchten wir in 20 oder 30 Jahren leben und wie können wir es dabei schaffen, an die im wahrsten Sinne des Wortes „friedlichen“ und freiheitlichen Traditionen unserer ersten 50 Jahre der Bundesrepublik Deutschland auch im 21. Jahrhundert anzuknüpfen?

Wenn wir nun über unser Selbstverständnis sprechen, dann müssen wir notgedrungen auch über die Probleme sprechen, die vor uns liegen. Die von der Union eingerichtete „Herzog-Kommission“ befasst sich beispielsweise gerade mit der langfristigen Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme. Diese sozialen Sicherungssysteme waren nun immer auch ein Teil dessen, was wir als

„Vielleicht muss in Zukunft erst noch eine größere Sensibilität dafür geschaffen werden, dass äußerer und innerer Frieden immer zusammengehören und niemals getrennt werden dürfen.“

unseren Erfolgsweg in der CDU/CSU angesehen haben, nämlich des Weges der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft – und das kann gar nicht oft genug betont werden – ist eben nun einmal das Werk der christlich demokratischen Politik und nicht etwa das der Sozialdemokratie oder irgendwelcher anderer Kräfte in Deutschland!

Auch in Zukunft wollen wir auf diese Errungenschaft aufbauen und verlässliche Politik betreiben. Aber die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme muss sich natürlich auch weiterhin an den Veränderungen unserer Arbeitswelt und unserer Bevölkerungsstruktur ausrichten. Die CDU war die erste Partei, die sich programmatisch den mit der demographischen Veränderung der Altersstruktur gegebenen Herausforderungen gestellt hat. Die Lebenserwartung der Menschen in unserem Land hat über die Jahre hinweg stetig zugenommen und dies ist ja auch ein durchaus freudiges Ereignis, zumal diese Entwicklung einhergeht mit einem Zuwachs an Lebensqualität. Vergleicht man unsere Situation mit der früherer Generationen, bei denen die Lebenserwartung bei durchschnittlich dreißig Jahren lag, so ist es schon unglaublich, welchen großen Teil unseres Lebens wir heute dazu nutzen können, über dieses Leben nachzudenken, zu reflektieren und für die Zukunft Vorsorge zu treffen. Hier besteht meines Erachtens kein Grund zum Jammern und Lamentieren.

Auf der anderen Seite aber haben wir natürlich das Problem der Alterspyramide, weil wir bereits in wenigen Jahren zu viel alte und zu wenige junge Menschen in unserem Land haben werden. Das führt dazu, dass wir in den nächsten 30 Jahren den Generationenvertrag, wie wir ihn noch aus Zeiten Adenauers kennen, nicht in derselben Weise fortschreiben können wie bisher. Wir werden neu darüber nachzudenken haben, wie der Generationenvertrag – unter den veränderten Bedingungen – gestaltet werden kann. Und ich rate uns als verantwortungsvolle Menschen und verantwortlich agierende Partei, dies heute zu tun. Nur wenn wir heute Vorsorge treffen, stellen wir sicher, dass unsere Kinder und Kindeskinde nicht die ganze ererbte Generationenlast, die zuvor auf viele Schultern verteilt war, nun alleine und mit einem Mal zu tragen haben!

Ich glaube, dass wir nur im gesellschaftlichen Miteinander eine Chance haben, die Zukunft unseres Landes erfolgreich zu ge-

stalten. Dazu gehört in unverzichtbarer Weise, dass wir uns immer wieder die Frage stellen, welche Lebensperspektiven wir noch für unsere Kinder sehen können. Unsere Kinder brauchen Arbeitsplätze und sie haben einen Anspruch, die medizinischen Leistungen zu bekommen, die sie benötigen. Unsere Kinder haben einen Anspruch darauf, eine ausreichende Rente zu erhalten, aber auch darauf, dass die Würde des menschlichen Lebens im umfassenden Sinne gesichert werden kann, und zwar vom Anbeginn an bis zum Ende.

Und wenn wir das schaffen wollen, dann müssen wir im 21. Jahrhundert lernen, über den Tag hinaus zu denken. Ich glaube übrigens, dass es auch für die dauerhafte Akzeptanz des Christentums in unserem Lande richtig und wichtig ist, dass gerade Christen sich hier an vorderster Stelle einsetzen.

Es ist eine gute Entwicklung, dass diese Diskussion in der evangelischen Kirche gegenwärtig weitaus verantwortlicher und angemessener geführt wird als dies noch vor fünf oder zehn Jahren der Fall war. Die Botschaften zu diesen Themen sind oft nachdenkenswert, sie sind vor allem nicht mehr von den alten ideologischen bzw. falsch verstandenen Ideen von Gerechtigkeit geprägt. Der Frage, was Generationengerechtigkeit tatsächlich bedeutet, wird nicht ausgewichen, stattdessen stellt man sich der Tatsache, dass es auch in Zukunft ein paar Leute geben muss, die etwas in den gesamtgesellschaftlichen „Topf“ einbringen, bevor dieser verteilt werden kann. Ich bin mir ganz sicher, dass dazu gerade die Christen aus der CDU in der evangelischen Kirche einen entscheidenden Beitrag geleistet haben. Diesen Beitrag gilt es in unserer eigenen programmatischen Diskussion weiterzuführen. Summa summarum: Das künftige gedeihliche Zusammenleben der Generationen wird also eine erste entscheidende Gestaltungsaufgabe unserer Politik sein müssen, um den inneren sozialen Frieden in unserem Land dauerhaft zu sichern und zu bewahren.

FRIEDENSPOLITIK ALS GLOBALE HERAUSFORDERUNG

Die zweite wichtige friedenspolitische Aufgabe stellt sich mit den durch die Wörter „Globalisierung“ und „Europa“ beschriebenen Herausforderungen. Von den Anfangszeiten der Sozialen Marktwirtschaft trennt uns heutzutage ja nicht nur die völlig unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung in der

„Nur wenn wir heute Vorsorge treffen, stellen wir sicher, dass unsere Kinder und Kindeskinde nicht die ganze ererbte Generationenlast, die zuvor auf viele Schultern verteilt war, nun alleine und mit einem Mal zu tragen haben!“

Liebe Leserin, lieber Leser,

trotz lähmender Hitze und Parlamentsferien gab es in den vergangenen Wochen Ereignisse, bei denen es galt, sich in evangelischer Verantwortung zu Wort zu melden.

Ende Juli dieses Jahres wurden die Ergebnisse einer von der holländischen Regierung in Auftrag gegebenen Untersuchung veröffentlicht, die zur Euthanasiepraxis in den Niederlanden Stellung bezieht. Das Resultat ist erschreckend: Das bestehende Euthanasiegesetz führt in der Praxis dazu, dass Menschen, deren Leben als vermeintlich lebensunwert eingestuft wird, unter dem Deckmantel der Rechtsstaatlichkeit getötet werden. Aus christlicher Perspektive muss dieser aktiven Sterbehilfe eine aktive Hilfe zum Leben entgegengesetzt werden. Das Beispiel der Niederlande darf kein Vorbild für eine Gesetzesregelung in Deutschland sein, vielmehr werden wir uns künftig in intensiver Weise für eine Förderung der Palliativmedizin und für eine Ausweitung des Netzwerkes von Hospizen einsetzen müssen.

Das so genannte „Sommerloch“ gab es auch in diesem Jahr wieder. Vor allem die Boulevardpresse nutzte diese Zeit gerne, um mit reißerischen Themen auf sich aufmerksam zu machen. Dieses Phänomen hat leider auch in der Politik Einzug gehalten. „Schluss mit der ‚Boulevardisierung‘ von Politik!“ fordert deshalb der Evangelische Arbeitskreis! Der groteske Versuch, den Ersten Bürgermeister Hamburgs, Ole von Beust, aufgrund seiner homosexuellen Orientierung in Misskredit zu bringen und persönlich zu beschädigen, ist zum Glück gescheitert. Der Diffamierungsversuch Ronald Schills, der sich bewusst vom Christentum abgrenzt, ist auf diesen und seine fragwürdige Partei selbst zurückgefallen!

Das wirklich Skandalöse an dem Vorfall in Hamburg ist doch, dass es hier in der öffentlichen Diskussion gar nicht um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem insbesondere unter Christen nach wie vor strittigen Thema „Homosexualität“ geht, sondern um eine bloße menschenverachtende „Rufmordkampagne“ gegen einen erfolgreichen christdemokratischen Politiker, der durch seine gesamte Amtsführung niemals einen Stein des Anstoßes erregt hat. Einige Äußerungen zum Thema „Homosexualität“ aus Hamburg reizen sicherlich zum Widerspruch, es darf aber nicht sein, dass ein Opfer einer gezielten persönlichen Hetzkampagne zum vermeintlichen Täter gestempelt und einem unevangelischen, pharisäerhaften Kesseltreiben ausgesetzt wird.

Mit Luther ist aber im Übrigen die unverzichtbare Unterscheidung von Amt und Person in Erinnerung zu rufen: Das politische Mandat hat seine Legitimität grundsätzlich in seiner Funktion für den Staat und das Gemeinwohl und wurzelt nicht in der persönlichen Lebensführung des Politikers als Privatperson. Wie jeder andere Christenmensch auch, untersteht der Christ in der Politik dem Worte Gottes und hat selbstverständlich auf die Integrität seiner Lebensführung zu achten. Die Privatsphäre eines Christen, der in öffentlicher Verantwortung steht, gilt es solange zu achten und zu schützen, wie sein Amt nicht durch sein eigenes Wort oder Handeln in Frage gestellt wird.

Auch ein CDU-Politiker, der aufgrund seiner sexuellen Orientierung Ehe und Familie für sich selbst nicht als Lebensform realisieren kann, wird diese entsprechend der Partei-Programmatik als grundlegende und maßgebende Institutionen fördern und auch stützen müssen sowie alles vermeiden, was deren herausgehobene Bedeutung untergräbt. Der Schutz und die Förderung von Ehe und Familie bleiben oberstes Ziel in der Politik der Union. In der Spaßgesellschaft spielen Familie und Kinder keine Rolle. Wir als EAK der CDU/CSU halten dem entgegen: Ehe und Familie müssen das Leitbild für unsere Gesellschaft bleiben.



Ein weiteres Thema, das uns in den letzten Wochen bewegte, war die Debatte um die Generationengerechtigkeit. Manche Äußerungen hierzu waren unverantwortlich. Bei allem Verständnis für die Sorgen der jüngeren Generationen, die befürchten, sie könnten bei den anstehenden Reformen der sozialen Sicherungssysteme als Verlierer hervorgehen, muss jedoch eines deutlich sein: Wir dürfen nicht Menschen, die für die Gesellschaft nicht mehr produktiv tätig sind, von medizinischen Leistungen ausschließen. Dieses Denken widerspricht dem Gebot der christlichen Nächstenliebe und den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft. In unserer ökonomisierten Zeit, in der leider selbst Menschen manchmal nur auf Ihren „Nutzwert“ reduziert werden, müssen wir uns die Achtung vor der Person, insbesondere aber auch die Achtung vor der Lebensleistung älterer Mitbürger bewahren. Wie heißt es doch im Kleinen Katechismus Luthers zum vierten Gebot so schön: „Wir sollen Gott fürchten und lieben, dass wir unsere Eltern und Herren nicht verachten noch erzürnen, sondern sie in Ehren halten, ihnen dienen, gehorchen, sie lieben und wert haben.“

Im August dieses Jahres jährte sich der sechzigste Jahrestag des Massakers, das Angehörige der deutschen Wehrmacht in dem griechischen Ort Kommeno begangen hatten. Um ein Zeichen der Erinnerung zu setzen, nahm ich als Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU und als erster Vertreter des Deutschen Bundestages seit Kriegsende an der Gedenkveranstaltung teil. „Versöhnen durch Erinnern“ lautete für mich das Motto, unter dem ich an der Veranstaltung teilnahm. Denn nur wer nicht vergisst, kann durch die Erinnerung an das Unrecht ein Zeichen für die Gegenwart und Zukunft setzen, damit sich die Menschen beider Völker wieder in Respekt und Freundschaft begegnen können.

Gottes Segen!

Ihr

Thomas Rachel
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

„In unserer ökonomisierten Zeit, in der leider selbst Menschen manchmal nur auf Ihren ‚Nutzwert‘ reduziert werden, müssen wir uns die Achtung vor der Person, insbesondere aber auch die Achtung vor der Lebensleistung älterer Menschen bewahren.“

Bundesrepublik Deutschland, sondern auch die völlig unterschiedliche Wettbewerbssituation. Globalisierung führt dazu, dass wir heute praktisch immerzu im Wettbewerb bezüglich der Effizienz unserer Arbeit mit anderen auf der Welt stehen. Man kann sich nicht mehr verstecken, man kann seine Märkte nicht mehr national aufbauen. Und mit Sicherheit hat auch der europäische Binnenmarkt die Wettbewerbssituation noch einmal beträchtlich verstärkt. Aber diesem Wettbewerb müssen und wollen wir uns aussetzen.

Und wenn wir diesen Wettbewerb ernst nehmen, dann ist es in erster Linie die Maßgabe nationaler Politik, unsere eigenen Standorte zu stärken und den Menschen im Lande Arbeitsplätze zu ermöglichen. Hierbei wird es unverzichtbar sein, die völlige Kopplung des deutschen Sozialsystems an die Arbeitskosten ein Stück weit zu lösen, damit wir im Vergleich mit anderen Ländern wettbewerbsfähig bleiben. Auf der einen Seite also müssen wir einen Teil der Sozialkosten von den Lohnkosten entkoppeln, auf der anderen Seite uns um hochleistungsfähige Arbeitsplätze bemühen, die Ausdruck unseres eigenen Know-hows und Standortprofils sind. Das bedeutet beispielsweise, dass wir sowohl in der Forschung als auch in der Entwicklung gut sein müssen, um zu verhindern, dass es auf breiter Ebene zu industriellen Abwanderungsbewegungen ins Ausland kommt. Es darf uns nicht egal sein, wo die Forschungsabteilungen der pharmazeutischen Industrie sind, wo der erste Transrapid gebaut wird, wo die Zulieferbetriebe für die Automobilindustrie produzieren und wo die Chemieindustrie sich ansiedelt.

Wenn das nicht bald begriffen wird, dann muss man kein Prophet sein, um vorherzusehen, dass dieses Land nicht dauerhaft in Frieden leben wird, weil es so große Kämpfe zwischen den Generationen und den unterschiedlichen Schichten geben wird. Das, was die Soziale Marktwirtschaft einmal ausgezeichnet hat, nämlich das friedliche Zusammenleben auf der Grundlage einer freiheitlichen Ordnung, würde unweigerlich in Gefahr geraten.

Deutschlands Lebensstandard ist nicht auf dem Niveau des Niedriglohnsektors zu erhalten, sondern nur auf der soliden Grundlage von Bildung, Innovationsfreudigkeit, Forscherdrang und gleichzeitig sicherer Wertebezogenheit zu gewährleisten. Hier gibt es fraglos sehr viel zu tun. Aber die Perspektive, die Richtung und die Zielvorgaben müssen

schon klar sein, um überhaupt etwas zu bewegen und dauerhaft zu verändern.

Mein persönlicher Alptraum, der vielleicht auf den ersten Blick etwas obskur anmuten mag, ist das folgende Zukunftsszenario: Wir befinden uns im Jahre 2040 oder 2050, die Hälfte der deutschen Bevölkerung ist über 60 und jeder besitzt eine Windkraftanlage. Dann verdient jeder Deutsche Geld, bemerkt aber nicht, dass er Geld verdient, das subventioniert ist. Wenn aber jeder Deutsche eine Windkraftanlage besitzt, wird es auch nie mehr eine demokratische Mehrheit dafür geben können, diese wieder abzuschaffen. Das bedeutete dann schlimmstenfalls, dass sich die Demokratie selbst durch eine Illusion blockiert. Das, was ich hier gleichnishaft kariere, darf uns aber nicht passieren, wenn es um den Frieden in unserer Gesellschaft geht. Deshalb müssen wir rechtzeitig handeln.

FRIEDEN IST MEHR ALS DIE ABWESENHEIT VON KRIEG: DAS BEISPIEL EUROPA

Ein weiterer wesentlicher Faktor, der unsere Gesellschaft geprägt hat, ist aus der Europäischen Union erwachsen. Erst im Rückblick ermessen wir, welche enormen Leistungen hier im Laufe der letzten Jahrzehnte erbracht wurden und welche vorbildliche Versöhnungsarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg hier für das „Haus Europa“ geleistet wurde. Europa war für Deutschland nach dem Krieg – insbesondere für Westdeutschland – ein unglaubliches Wagnis. Wenn wir heute vor vielen schwierigen und kontroversen Fragen in der Europäischen Union stehen, ist es vielleicht nicht schlecht, sich an die noch viel schwerwiegenden Probleme ihrer Gründungszeit zu erinnern. In der Rückschau beeindruckt hier vor allem die gewaltige Versöhnungsarbeit im Dienste der Verständigung der Völker Europas und der Friedenssicherung. Das mag vieles von dem, was uns heute belastet, zumindest ein Stück weit relativieren und uns obendrein Mut machen, auf dem gemeinschaftlichen Wege – trotz vieler Differenzen – unbeirrt weiter zu schreiten.

Gegenwärtig ist der europäische Verfassungsvertrag in der Diskussion. Europa – so mutet es vielen Beobachtern an – scheint inzwischen eine sehr pragmatische Veranstaltung geworden zu sein, und da geht es ja natürlich auch um Nutzen und Gegennutzen. Das Definieren von Interessen und einen gesunden Pragmatismus beim Bau und bei der Einrichtung des gemeinsamen Hauses „Euro-

*„Deutschlands
Lebensstandard
ist nicht auf dem
Niveau des
Niedriglohnsektors
zu erhalten,
sondern nur auf
der soliden Grund-
lage von Bildung,
Innovationsfreudig-
keit, Forscherdrang
und gleichzeitig
sicherer Wertebe-
zogenheit zu
gewährleisten.“*

pa“ befürworte ich außerordentlich. Sicherlich funktioniert hierbei einiges noch nicht, wie es sein sollte. Europa entsprach natürlich nie zu einhundert Prozent CDU-Vorstellungen. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass wir als Union in puncto Europa einen unverzichtbaren Beitrag geleistet haben. Ich glaube, wir haben Wesentliches in die europäische Verfassung mit hineingebracht, das einen enormen Fortschritt bedeutet. Sicherlich gibt es dabei die bekannten Punkte, die uns schmerzen. Bei der Asylfrage etwa und bei der Zuwanderung zum Arbeitsmarkt sind die Probleme noch nicht ausreichend geregelt. Und das sind natürlich Dinge des deutschen Interesses, die wir für unverzichtbar halten. Daher müssen wir zusehen, dass wir unsere Interessen wahren, müssen aber auch erkennen, dass nicht alles hundertprozentig erreicht werden kann. Es geht schließlich auf der anderen Seite auch um die gemeinsame Sache, hinter der dann auch einmal staatliche Sonderinteressen hinten anstehen müssen.

Ich habe durchaus kein Hehl daraus gemacht, dass ich es äußerst dramatisch finde, dass Europa heute leider nicht die Kraft hat, sich klar auf sein christliches Erbe zu beziehen, denn das hat ja in eminenten Weise etwas mit unserer gemeinsamen europäischen Identität zu tun! Dass die Rolle der Kirchen in diesem Verfassungsvertrag in fester Weise verankert ist, und zwar so, wie es bisher nicht der Fall gewesen ist, ist zumindest ein wenig tröstlich und durchaus ein Erfolg unserer Bemühungen. Dass wir nämlich überhaupt dieses Thema „Gottesbezug“ auf der Tagesordnung gehalten und weiter betrieben haben, hat uns jetzt wenigstens einmal zur Erwähnung des religiösen Erbes geführt. Mir reicht das zwar nicht, aber manchmal muss man eben dicke Bretter bohren, um voranzukommen. Wir werden uns jedenfalls auch in dieser Frage nicht entmutigen lassen und hierfür weiter streiten.

Die besondere Herausforderung beim Thema „Europa“ und dann auch beim Thema „Globalisierung“ besteht darin, dass wir ein ausgeglichenes Verhältnis finden müssen zwischen der notwendigen Öffnung für Neues einerseits und unserer bleibenden Identitätsbindung andererseits. Diese Spannung gilt es auszuhalten. Globalisierung bedeutet eben auch, dass wir uns wieder stärker um unsere eigenen Wurzeln kümmern müssen. Wer aus seinem angestammten „Eckchen“ nicht herauskommt, der braucht sich natürlich auch nicht jeden Tag darüber Rechenschaft abzulegen, wo er herkommt. Er hat es nicht nötig,

weil er einfach dort ist, wo er ist. Aber in dem Maße, wie für jeden einzelnen die gesamte Welt im Grunde genommen zugänglich wird, steigt auch die Anforderung an die Integrationskraft eines jeden einzelnen von uns: Um nicht irre geleitet zu werden vor lauter Vielfalt, muss ich doch darauf achten, dass ich selbst nicht auch noch beliebig werde, sondern weiß, wo mein ureigenes Standbein, mein Wertegerüst und meine Heimat ist.

Von daher ist es aber auch unverzichtbar, dass wir uns den mit der Globalisierung verbundenen Herausforderungen offensiv stellen. Wir müssen sie annehmen, weil hier viele zukünftige Chancen liegen. Wir müssen sie aber schon allein deshalb annehmen, weil wir vor den Problemen dieser Welt nicht einfach die Augen verschließen dürfen, sei es nun im Kongo, in Sierra Leone, in Venezuela oder in Argentinien! Darum ist es ja auch so wichtig, dass wir gerade als Europäer in dieser globalen Welt deutlich machen, dass die Europäische Union für uns mehr ist als eine Zweckgemeinschaft oder als irgendeine bessere Freihandelszone.

An der noch ungeklärten Frage „Was ist Europa?“ lässt sich auch die unterschiedliche Bewertung der Mitgliedschaft der Türkei ausmachen. Ich wage zu behaupten, dass das gesamte gesellschaftliche Verständnis in der Türkei sich an vielen Stellen erheblich von dem unterscheidet, was wir in den europäischen Demokratien kennen. Diesen Sachverhalt einfach zu leugnen oder zu verschweigen, wäre fatal. Ich erinnere hier beispielsweise nur an die unterschiedliche Art der Rechtsprechung, die Rolle des Militärs oder die Stellung der Frau in der Türkei. Dies alles und noch viele andere Bereiche in der Diskussion einfach auszulassen, würde bedeuten, dass man leichtfertig wesentliche Teile des europäischen Verständnisses und der Europäischen Union in ihrer Tiefe aufzugeben bereit wäre. Eine besondere Beziehung mit der Türkei ließe sich leicht herstellen, ebenso eine tragfähige Sicherheitsgemeinschaft – deshalb ist die Türkei ja auch in der NATO –, aber vor dem Hintergrund der ohnehin gewaltigen Integrationsaufgaben der Europäischen Union ist es dringend erforderlich, sicherzustellen, dass wir über die gleichen Dinge mit den gleichen Worten sprechen. Diesbezüglich gab es über viele Jahrzehnte hinweg auch viel Verlogenheit im Umgang mit den Türken. Manches, was wir in Europa über unser Selbstverständnis nicht miteinander ausgetragen haben, haben wir gegenüber den Türken dann einfach falsch dargestellt.

„Die besondere Herausforderung beim Thema ‘Europa’ und dann auch beim Thema ‘Globalisierung’ besteht darin, dass wir ein ausgeglichenes Verhältnis finden müssen zwischen der notwendigen Öffnung für Neues einerseits und unserer bleibenden Identitätsbindung andererseits.“

Schon zu Zeiten Konrad Adenauers, vor vierzig Jahren, ist ihnen ja versprochen worden, dass sie Mitglied der Europäischen Union werden könnten. Ich plädiere hier für mehr Offenheit und Ehrlichkeit in der Sache, denn nur in dieser Form kann der zukünftige Dialog Früchte tragen.

Eines gilt jedoch in jedem Fall: Je deutlicher uns in Europa unsere gemeinsame Identität ist, desto klarer können wir auch über die Unterschiede zu anderen sprechen. Und wenn wir für die Werte Toleranz, Freiheit und den Dialog eintreten, dann werden wir das gegenüber dem Rest der Welt auch in Geschlossenheit zu vertreten haben. Gerade momentan – und damit bin ich bei der Friedensfrage in globaler Perspektive – sind wir als Europäer aufgefordert zu sagen, was uns wichtig ist. Die Frage lautet: Wofür sind wir denn bereit zu kämpfen?

„Frieden ohne die für uns nötigen Grundwerte ist kein Frieden.“

GRUNDWERTE ALS VORAUSSETZUNG

Aber Frieden ohne die für uns nötigen Grundwerte ist kein Frieden. Kein Wort war in der früheren DDR mehr benutzt als das Wort „Frieden“. Frieden à la DDR hieß dann: „Bloß ja nicht aufmucken, bloß still sein!“ Aber Frieden meint keine bloße Friedhofsruhe, sondern ist ein Zustand, in dem die Grundwerte menschlichen Zusammenlebens akzeptiert werden und dieses Zusammenleben so geordnet ist, dass jeder einzelne gegenüber dem anderen seine gesicherten Rechte besitzt.

Weil „Frieden“ eben nicht bloß ein schönes Wort sein darf, ist auch die Frage von Krieg und Frieden, mithin also auch die Frage des Grundsatzes des allgemeinen Schutzes von staatlicher Neutralität und Integrität auf der einen und einem womöglich abzuwägenden, ethischen Interventionsgebot aus humanitären bzw. sicherheitspolitischen Gründen auf der anderen Seite, eine so unendlich komplizierte Materie.

Ein gutes Beispiel für die Schwierigkeiten friedenspolitischer Art ist der Kongo: Fünf Jahre lang haben wir uns nicht darum gekümmert. Nun ist es irgendwie auf die Tagesordnung gekommen. Hier stellt sich doch die Frage: Wo gucken wir zu und wo nicht, wenn Millionen Menschen umkommen? In Jugoslawien waren wir uns Mitte der neunziger Jahre einig, dass die Grenze des humanitär Zumutbaren erreicht war. Aber es gibt, wie ich finde, nach den Regeln der Menschenwürde doch wohl wenig Gründe, dass man

in Jugoslawien anders verfährt als beispielsweise im Kongo oder anderswo auf der Welt.

Nach der Entdeckung der Massengräber im Irak dürfte im Übrigen, zumindest aus diesem humanitären Blickwinkel, die nachträgliche Diskussion um den Irak-Krieg um einen wichtigen Aspekt ergänzt worden sein. Ein grundsätzliches Resümee, spätestens nach dem Irak-Krieg, lautet für mich: Wir müssen Institutionen schaffen – und darum muss die UNO gestärkt werden –, in denen verantwortlich darüber beraten wird, wo man sich als Weltgemeinschaft einmischen muss und wo nicht. Allerdings muss sich die UNO hier auch selbst von Grund auf reformieren. Eine UNO, in der alle mit der gleichen Stimme sitzen, diejenigen, die die Menschen umbringen genauso wie diejenigen, die in Demokratie leben, kann sich auf Dauer nur selbst blockieren und niemals die für die zukünftige Friedenspolitik relevanten Entscheidungen treffen. Es geht nicht ohne die Stärkung internationaler Institutionen, aus denen heraus legitimierte Entscheidungen getroffen werden können, aber diese dürfen nicht nur formal bleiben, sondern müssen auf dem Boden von Freiheit, Demokratie und Menschenwürde umgesetzt werden.

Spätestens seit dem 11. September des Jahres 2001 haben wir zu spüren bekommen, dass diese Welt voll von neuen Gefahren ist. Es sind dies Gefahren, denen wir uns in einer freiheitlichen Gesellschaft mit Sicherheit nicht entziehen können. Und diese Gefahren unterscheiden sich von den ehemaligen weltpolitischen Bedrohungsszenarien, etwa denen aus der Zeit des Kalten Krieges: Früher konnten wir bei den Kommunisten wenigstens davon ausgehen, dass sie sich nicht selbst umbringen wollten. Die Terroristen heute sind aber um des Vernichtens des westlich-demokratischen Systems willen bereit, sich selbst und ihr eigenes Leben aufs Spiel zu setzen. Und deshalb ist ja auch diese terroristische Kraft – halb oder ansatzweise unterstützt von staatlichen Strukturen – in bestimmten Teilen dieser Welt für uns eine große Herausforderung. Verunsichert sind wir, weil wir nicht wissen, wie wir diese Formen des Terrorismus am besten bekämpfen können. Mit Sicherheit sind militärische Mittel und Optionen hier nicht das einzige. Aber wir durften in der jüngsten Vergangenheit auch erfahren, wie wichtig es für die demokratischen Staaten dieser Welt ist, die ja mit Recht auf ihre Freiheit und Offenheit stolz sind, sich vor denen zu schützen, die diese freiheitlichen Grundlagen bekämpfen wollen.

Nun können und wollen wir diese besondere Offenheit unserer Gesellschaft nicht abstellen. Denn wenn wir dies täten, dann hätten wir uns unserer eigenen Grundlagen beraubt. Die entscheidende Frage lautet: Wie können wir uns auf Dauer absichern, ohne unsere Demokratie aufzugeben? Und die Antwort auf diese Frage kann mit Sicherheit nicht darin liegen, dass wir erst einmal abwarten, was so alles passiert, und erst dann bereit sind, irgendwie zu handeln, wenn der nächste grauenvolle terroristische Anschlag bereits verübt worden ist.

DEUTSCHLAND MUSS SICH SEINER VERANTWORTUNG STELLEN

Es führt nichts an dieser abschließenden Erkenntnis vorbei: Deutschland ist jetzt neu im Hinblick auf sein Selbstverständnis gefragt. Aber mit der Attitüde eines „Ohne-mich-Standpunktes“, der Deutschland außenpolitisch isolieren würde, oder einem resignativen innenpolitischen Dauer-Lamento werden wir diese für den äußeren wie den inneren Frieden gleichermaßen entscheidenden Problembereiche nicht lösen können, geschweige denn den Wettbewerb in der Globalisierung!

Es muss uns vielmehr sowohl in unserem eigenen Land als auch in der Welt daran gelegen sein, uns mit neuer Kraft und neuer Energie für die Dinge einzusetzen, von denen wir überzeugt sind. Und so, wie wir unsere eigenen Überzeugungen nicht aufgeben dürfen, müssen wir auch versuchen, menschenwürdige Verhältnisse überall auf der Welt zu befördern. Ich glaube, wir Europäer haben hier eine wichtige Aufgabe, und deshalb bin ich ja so dafür eingetreten, dass Europa mit einer Stimme spricht. Europa muss mit einer Stimme sprechen. Ich wün-

sche mir dabei ein Deutschland, das sich einmischt, das sich gemeinsam mit Europa unserer eigenen Erfahrungen bewusst ist und dies auch in unsere Welt mit einbringt, damit die Globalisierung für uns nicht zur Bedrohung, sondern zur Chance wird.

Hier schließt sich für mich der Kreis, denn hier artikuliert sich das Selbstverständnis Deutschlands für die Zukunft: Deutschland ist wiedervereint und steckt ökonomisch voller Potential, das wir momentan leider nicht ausschöpfen. Ich sehe den Platz Deutschlands nicht unbedingt immer am letzten Platz im Wirtschaftswachstum in Europa, da haben wir ganz andere Möglichkeiten. Wir müssen nun nicht überall die Ersten sein, aber ab und an können wir auch mal wieder die Ersten sein. Und ich möchte ein Deutschland, das sich für die Generationen in seinem eigenen Land verantwortlich fühlt und das sich genauso verantwortlich fühlt für eine Welt, in der Menschen auch außerhalb Deutschlands in Freiheit und Würde leben können.

Das wäre wirkliches Friedensengagement eines Landes wie Deutschland. Und ich betone noch einmal: Wir sind nicht irgendein Land. Wir brauchen uns nicht besonders hoch zu heben, aber wir sind ein bedeutsames Land in dieser Welt. Wir sind ein wohlhabendes Land. Wir sind ein durch das Geschenk der Wiedervereinigung gesegnetes Land. Und vielleicht gehört ja zu der Fähigkeit, anderen Frieden bringen zu können, zu allererst die Fähigkeit, auf die eigenen Leistungen ein Stück stolz sein zu können.

„So, wie wir unsere eigenen Überzeugungen nicht aufgeben dürfen, müssen wir auch versuchen, menschenwürdige Verhältnisse überall auf der Welt zu befördern.“

Anm.:

Dr. Angela Merkel ist Vorsitzende der CDU Deutschlands und Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Seit Dezember 2002 haben insgesamt 362 Leserinnen und Leser 15.757,23 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet.

Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Konto: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 112 100-500 oder Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Konto-Nr. 56 267

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK:

Internet: www.evangelischer-arbeitskreis.de



Mehr Himmel auf Erden – Biblische Visionen im persönlichen und politischen Leben

Bischof Peter Krug

„Zwar ist uns Christen in der Bibel nicht verheißen, den Himmel auf Erden zu verwirklichen. Wohl aber ist uns aufgetragen, allein und mit anderen zusammen für mehr Himmel im irdischen Alltag zu sorgen.“

Mehr Himmel auf Erden – so wird das Motto unseres Landeskirchentages lauten, den wir für den 26. Juni nächsten Jahres vorbereiten. Wer anders als die christlichen Kirchen verfügt über einen solchen Schatz an Visionen, wie er uns in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments geschenkt ist. Gerade in dem Jahr der Bibel ist es unser Recht und unsere Pflicht, wie es die theologische Erklärung von Barmen 1934 in ihrer sechsten und letzten These formuliert hat, „die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk“.

ZUR BIBLISCH-THEOLOGISCHEN BEGRÜNDUNG

Ein großer Bogen der Hoffnung spannt sich von der Vision des Propheten Jesaja durch die jüdisch-christliche Theologie zur Offenbarung des Johannes am Ende der Heiligen Schrift. In Jesaja 65, 17 verkündigt der Prophet die Absicht Gottes: „Siehe, ich will einen neuen Himmel und eine neue Erde schaffen, dass man der vorigen nicht mehr gedenken und sie nicht mehr zu Herzen nehmen wird. Freuet euch und seid fröhlich immerdar über das, was ich schaffe.“ Daran knüpft etwa 600 Jahre später der Seher Johannes an, wenn er in Offenbarung 21, 1 schreibt: „Ich sah einen neuen Himmel und eine neue Erde; denn der erste Himmel und die erste Erde sind vergangen, und das Meer ist nicht mehr.“ Dann beschreibt er das Bild eines neuen Jerusalem, „von Gott aus dem Himmel herabkommen, bereitet wie eine geschmückte Braut für ihren Mann“ (V. 2).

Und dann heißt es unnachahmlich tröstlich: „Gott wird abwischen alle Tränen von ihren Augen, und der Tod wird nicht mehr sein, noch Leid, noch Geschrei, noch Schmerz wird mehr sein; denn das Erste ist vergangen. Siehe, ich mache alles neu!“ (V. 4).

Diesen Bogen der Hoffnung habe ich am 2. März 2003 im Haus der Stille der Gedenkstät-

te Bergen-Belsen in den trostlosen Raum gestellt, als sich Familien der Sinti und Roma versammelt hatten, um sich an die großen Massendeportationen aus Norddeutschland in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau vor 60 Jahren zu erinnern. Dabei habe ich wörtlich gesagt: „Himmel ist uns verheißen, nicht die Hölle von Auschwitz und Bergen-Belsen. Nicht die unaufhörliche Wiederholung von Anfang und Ende ist uns in Aussicht gestellt, sondern die neue Schöpfung auf immer und ewig. Himmel ist uns verheißen, nicht die Hölle vom 11. September 2001 oder die Vergeltung des Bösen durch Böses. Nicht das unaufhörliche Rotieren in den Teufelskreisen von Unrecht und Krieg ist uns biblisch in Aussicht gestellt, sondern Gottes Reich mit einem himmlischen Anfang ohne irdisches Ende. Leben ist angesagt in der ungebrochenen Hoffnung auf den uns offenbarten und geglaubten Christus als Retter aus Sünde, Not und Tod.“

Selbstverständlich haben viele der Besucher die große Spannung wahrgenommen zwischen der irdischen Realität, in der wir tagtäglich als Einzelne und als Gemeinschaft leben, und dem Himmlischen, was Juden auf ihre Weise und wir Christen auf unsere Weise von Gottes Reich erhoffen und erwarten. Diese Spannung zwischen Welt und Himmel, zwischen Zeit und Ewigkeit, zwischen menschlich-allzumenschlicher Wirklichkeit und göttlicher Weisheit und Barmherzigkeit kann von sterblicher Seite nicht aufgelöst werden. Aber diese Spannung zwischen dem „schon“ der Liebe Gottes in seiner Schöpfung und dem „noch nicht“ der Vollendung dieser Welt in Herrlichkeit soll und kann fruchtbar gemacht werden für mehr Himmel auf Erden, damit in dieser Zeit und Welt fröhlicher gelebt und getroster gestorben werden kann. Dieser eschatologische Horizont mit seinem Blick auf die letzten Dinge führt eben nicht zur Vertröstung auf einen St.-Nimmerleinstag, wie es dem Christentum häufig vorgeworfen worden ist, sondern diese Botschaft vom neuen Himmel und einer neuen Erde war und ist für Christenmenschen tragender Grund und treibende Kraft für diese von Gott geschenkte Zeit und Welt.

Bevor wir uns nun unter diesem Regenbogen biblischer Verheißung und Hoffnung, also unter dem Dach des Himmels konkreten Herausforderungen auf dieser an sich reichen und schönen Erde zuwenden, lassen Sie mich noch eine kleine Geschichte erzählen, deren Schauplatz kein erstrebenswertes Ziel ist.

Die Hölle war total überfüllt. Noch immer stand eine lange Schlange am Eingang.

Schließlich sagte der Teufel: Jetzt ist nur noch ein Platz frei, den muss der ärgste Sünder bekommen. Als er alle in der Schlange nach ihren Verfehlungen gefragt hatte, sah er noch einen Menschen, der etwas abseits stand. Was haben Sie getan? – Nichts, sagte der Mann. Ich bin ein guter Mensch und nur aus Versehen hier. Da sagte der Teufel: Jeder Mensch stellt etwas an. Aber der Mann: Ich sah es wohl, aber ich hielt mich davon fern. Ich sah, wie Menschen ihre Mitmenschen verfolgten. Aber ich beteiligte mich niemals daran. Sie haben Kinder verhungern lassen und in die Sklaverei verkauft, sie haben auf den Schwachen herumgetrampelt und die Armen zertreten. Ich allein widerstand der Versuchung und tat nichts. – Sie taten nichts? fragte der Teufel ungläubig. – Absolut nichts, beteuerte der Mann am Ende der Schlange. Da sagte der Teufel: Komm herein, mein Sohn, der Platz gehört dir. – Und als er den „guten Menschen“ einließ, drückte sich der Teufel zur Seite, um mit ihm nicht in Berührung zu kommen.

Mit dieser Geschichte werden wir unmissverständlich davor gewarnt, uns aus allem, was das Leben gefährden und zur Hölle machen kann, herauszuhalten, einfach nichts zu tun, was Schaden vermindern oder gar verhüten könnte. Zwar ist uns Christen in der Bibel nicht verheißen, den Himmel auf Erden zu verwirklichen. Wohl aber ist uns aufgetragen, allein und mit anderen zusammen für mehr Himmel im irdischen Alltag zu sorgen. In vielen Lebenssituationen gelingt es uns durch die Art, wie wir in Ehe und Familie, in Nachbarschaft und Kommune, in Kirche und Partei miteinander umgehen, mehr Licht ins Dunkel dieser Welt zu bringen. Aber wir stoßen oft genug bei uns selbst und bei anderen auf Grenzen, nicht nur der Machbarkeit, sondern auch der Zielbestimmung, für wen bei unterschiedlichen Interessen mehr Himmel zu erstreben, zu erstreiten oder gar zu erkämpfen ist. Schon im noch überschaubaren Bereich des Berufes oder des ehrenamtlichen Engagements, erst recht aber in der Politik geht es unaufhörlich um das Ausgleichen von nicht selten gegenläufigen Interessen. Auf die gegenwärtigen Diskussionen um soziale Gerechtigkeit im Inneren unseres Landes und um geeignete oder noch vertretbare Maßnahmen zur Überwindung von Gewalt in anderen Ländern kommen wir noch zu sprechen.

Wer für mehr Himmel auf Erden eintreten will, um nicht auf dem heißesten Platz in der Hölle zu landen, fragt als Privatmann und als Politikerin nach den Kriterien des Evangeliums für das persönliche und politische Handeln aus christ-

licher Verantwortung. Dabei kann der müßige Streit um ein striktes Auseinanderhalten der Zwei Reiche, wie es in der Lutherischen Orthodoxie gelehrt worden ist, spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg als überwunden gelten.

Mitunter begegnet man der aufgeklärten Meinung, als sei nach der Formulierung des kategorischen Imperativs durch Immanuel Kant in seiner „Kritik der praktischen Vernunft“ biblisches Gedankengut überholt. Dagegen ist für mich das biblische Gebot der Nächstenliebe unverzichtbar. Während der Philosoph Kant postuliert: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne“, fordert der Theologe aus Nazareth in Aufnahme mosaischer Tradition: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ (3. Mose 19,18 und Matthäus 22,39) Das biblische Liebesgebot ist tiefer und umfassender, weil es über das gängige „Wie du mir, so ich dir“ hinaus dem Schwachen und dem Feind solche Liebe erweisen will, wie ich sie mir selbst im Falle sozialer Not und geistiger Verblendung vielleicht einmal wünschen würde. Darüber hinaus stellt Jesus in seinem Doppelgebot der Nächstenliebe die Gottesliebe voran. Beide Aspekte umfassender Zuwendung zum Höchsten und zum Nächsten haben in den 10 Geboten einerseits (2. Mose 20) und der Bergpredigt andererseits (Matthäus 5 – 7) ihren visionären Niederschlag gefunden.

Der Dekalog wird eingeleitet durch den Hinweis auf die Befreiung aus der Sklaverei: „Ich bin der Herr, dein Gott, der ich dich aus Ägyptenland, aus der Knechtschaft geführt habe.“ (2. Mose 20,2) Erst auf dem Grund dieser Heilstat Gottes folgen die 10 kürzeren oder längeren Sätze, deren hebräischer Wortlaut nicht mit „Du sollst“ sondern mit „Du wirst keine anderen Götter haben neben mir“, „Du wirst nicht töten“, „Du wirst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten“ zu übersetzen ist. Und was die Bergpredigt angeht, so stellt Matthäus die acht Seligpreisungen allen weiteren Ausführungen Jesu zum Töten und Ehebrechen, zum Schwören und zur Feindesliebe, zum Beten und zum Fasten voran. „Selig sind, die da Leid tragen; denn sie sollen getröstet werden.“ – „Selig sind, die da hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit; denn sie sollen satt werden.“ – „Selig sind die Friedfertigen (oder: die Frieden stiften); denn sie werden Gottes Kinder heißen.“ (Matthäus 5, 1 – 12)

Dass man mit der Bergpredigt keine Politik machen könne, wie Helmut Schmidt einmal sehr apodiktisch festgestellt hat, trifft für die

„In vielen Lebenssituationen gelingt es uns durch die Art, wie wir in Ehe und Familie, in Nachbarschaft und Kommune, in Kirche und Partei miteinander umgehen, mehr Licht ins Dunkel dieser Welt zu bringen.“

konkrete Umsetzung biblischer Vision und Weisung wohl zu. Aber als Orientierungsrahmen, als Zielrichtung und als Schubkraft für politisches Handeln aus christlicher Verantwortung sind die Bergpredigt, die 10 Gebote und das Doppelgebot der Liebe ungebrochen notwendig, damit sich mehr Himmel auf der Erde ausbreitet.

ZUR PRAXIS PERSÖNLICHEN UND POLITISCHEN HANDELNS

In vier gedanklichen Schleifen möchte ich Themenbereiche streifen, in denen mehr Himmel der Erde mit ihren Menschen und Völkern gut täte. Das ein oder andere Thema werden Sie vermutet oder erwartet haben, andere Stichworte werden Sie vermissen. Der erste Gedankenkreis mag Sie überraschen.

„Der Verfall christlicher Moral ist weit fortgeschritten, wenn immer wieder in der Öffentlichkeit und privat von Menschen, die einen Fehler begangen oder Schuld auf sich geladen haben, freimütig verkündet wird: Ich entschuldige mich. Jeder Mensch bedarf der Entschuldigung durch die, deren Vertrauen missbraucht worden ist.“

Fehlerfreundlichkeit und Entschuldigung

Im Jahre 1995 hatte sich der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reinhard Höppner, zum Ethos der Öffentlichkeit im Braunschweiger Dom geäußert (Frankfurter Rundschau 9.12.1995, Seite 16). Der Mathematiker und Politiker stellte u. a. fest: „Die Gnadenlosigkeit der Politik macht die Demokratie kaputt.“ Unsere Leistungsgesellschaft, so der gelernte DDR-Bürger, habe „einen Hang zur Gnadenlosigkeit, in der jeder Fehler hart bestraft wird“. Wir merken natürlich auch in Westdeutschland, wie man mit Menschen umgeht, die tatsächliche oder vermeintliche Fehler machen oder Schwächen haben und deshalb – trotz ihrer unbestrittenen Stärken – nicht mehr in das politische Konzept passen. Welch dickes Fell müssen Menschen in der Politik haben oder entwickeln, um nicht bei jedem Nadelstich sogenannter Freunde sogleich aufzuschreiben oder in dem eisigen Schweigen der Weggefährten zu erfrieren? Und welche Gefahr kann heraufziehen für die politisch Handelnden selbst und das Gemeinwohl insgesamt, wenn das Fell so fest und undurchdringlich wird, dass berechtigte Kritik und guter Rat nicht mehr in Herz und Verstand durchdringen? Höppner, der aus dem Lande Luthers kommt, erinnerte sich an die Frage des Reformators: Wie bekomme ich einen gnädigen Gott? Seine Antwort, die er aus der Rechtfertigungslehre bezogen hat, mündete in der Forderung nach einer fehlerfreundlichen Welt. „Eine gnädige Welt als Gegenstück zu einer gnadenlosen Welt wäre eine Welt, in der auch Politiker Fehler machen dürfen, in der nicht der Fehler selbst über das Schicksal entscheidet, sondern die Frage, wie er mit diesem Fehler umgeht, was er daraus lernt, wie er ihn wieder repariert. Dann müssen wir freilich auch unterscheiden

lernen zwischen verantwortungsloser Unzuverlässigkeit, die heute locker sagt: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?, und verantwortlichem Handeln, das bereit ist, neue Erkenntnisse aufzunehmen und dazu zu lernen.“

Ich habe auf einer Akademietagung von Politikern und evangelischen Christen diesen Gedanken aufgenommen und die Begriffe „hesed“ und „charis“, die über 150 mal in der Heiligen Schrift vorkommen, mit dem Gedanken der Fehlerfreundlichkeit in Verbindung gebracht.

Man hört dann alte Texte ganz neu und aktuell. Wie fehlerfreundlich, wie gnädig schildert Jesus den Vater in dem Gleichnis von dem verlorenen Sohn, oder, besser noch, von den verlorenen Söhnen. Wie anders klingt es in dem bekannten Psalm 103, dem hohen Lied der Barmherzigkeit Gottes, wenn man so formuliert: „Barmherzig und fehlerfreundlich ist der Herr, geduldig und von großer Güte. Denn so hoch der Himmel über der Erde ist, lässt er seine Fehlerfreundlichkeit walten über denen, die ihn fürchten.“ Wer das eine Zeit lang ausprobiert und im täglichen Leben, zuhause, in der Gemeinde, in Gesellschaft und Politik umzusetzen versucht, merkt dann vielleicht, welche Tiefe und welche Weite über die Fehlerfreundlichkeit hinaus in den theologischen Grundbegriffen der „gratia“ und „Gnade“ liegt.

In kritischem Gegengewicht muss aber dann auch an die andere Seite der Medaille erinnert werden. Mit der schnell verwendeten Chiffre „menschliches Versagen“ lässt sich vieles kennzeichnen und auch verdecken. Damit nicht das Missverständnis von Hochmut aufkommt – wir alle machen persönlich und beruflich hin und wieder Fehler, treffen falsche Entscheidungen und müssen dafür gerade stehen. Aber als Christenmenschen haben wir doch – hoffentlich – gelernt, um Entschuldigung zu bitten – Gott und den Mitmenschen. Der Verfall christlicher Moral ist weit fortgeschritten, wenn immer wieder in der Öffentlichkeit und privat von Menschen, die einen Fehler begangen oder Schuld auf sich geladen haben, freimütig verkündet wird: Ich entschuldige mich. Jeder Mensch bedarf der Entschuldigung durch die, deren Vertrauen missbraucht worden ist. An diesen sich immer wiederholenden Beispielen im öffentlichen Leben ist mir deutlich geworden, welch ungeheure Aktualität die Rechtfertigungslehre hat. Selbstverständlich müssen mildernde Umstände im Einzelfall berücksichtigt werden, selbstverständlich gilt im Zweifel das alte Prinzip in dubio pro reo. Wer aber meint, sich selbst entschuldigen zu können,

bedarf des intensiven Nachhilfeunterrichtes in Sachen göttlicher Demut und sozialer Verantwortung. Mehr Himmel auf Erden entsteht mit Sicherheit dort, wo Schuld eingestanden wird und möglicherweise nach einer Zeit des Bedenkens vergeben werden kann.

Lebensanfang und Lebensende

Mit großem Interesse nehme ich wahr, wie der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU sich in die gesellschaftliche und politische Diskussion um die Bioethik und Biotechnik einbringt. In der April-Nummer der Evangelischen Verantwortung wird eine Pressemitteilung vom 13.03.03 dokumentiert, in der das Votum des Deutschen Bundestages gegen jede Form des Klonens begrüßt und vor einem falschen Freiheitsbegriff in der Forschungsfrage gewarnt wird. Die Forderung Thomas Rachels nach einem ethisch begleiteten Fortschritt, der der Menschenwürde dient, ist voll zu unterstützen. Bereits in dem Märzheft der Evangelischen Verantwortung kam Wolfgang Huber mit einem Beitrag zur Präimplantationsdiagnostik zu Wort. Seine Einschätzung, dass sich mit dieser Methode mehr Gefahren als Chancen verbinden, teile ich. „Denn unausweichlich würde die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik ein Denken in Kategorien der Selektion bestärken, die Tendenz zu einer Praxis der „Schwangerschaft auf Probe“ fördern und damit den Lebensschutz insgesamt aushöhlen.“ (S. 6)

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat auf ihrer Tagung im November 2002 eine Kundgebung zum Schwerpunktthema „Was ist der Mensch“ verabschiedet. Darin ist der Versuch unternommen worden, das christliche Verständnis vom Menschen in groben Zügen zu beschreiben und es nach innen und nach außen in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um das Menschenbild einzubringen. In dieser Kundgebung wird auch in Kurzform die Diskussion aufgenommen, die in der Kirche wie in der ganzen Gesellschaft seit Jahren über den Anfang und das Ende menschlichen Lebens geführt wird.

Bereits im August 2002 hatte die EKD in ihrem Text 71 eine Argumentationshilfe zu den aktuellen Fragen in der Medizin und der Bioethik unter dem Titel „Im Geist der Liebe mit dem Leben umgehen“ herausgegeben. Darin wird zu den konkreten Problemen am Anfang menschlichen Lebens festgestellt: Es besteht „Einmütigkeit darüber, dass die Menschenwürde und der Lebensschutz, der den Menschen fraglos zukommt, bis in die allerersten Anfänge des Menschseins reicht und einen ethischen Schutzanspruch begründet. Uneinigkeit be-

steht jedoch darüber, ob alle menschlichen Embryonen als Menschen zu verstehen sind und ihnen deshalb Würde und Lebensschutz in vollem Umfang zukommt.“

Im Blick auf die Fragen am Ende menschlichen Lebens vertritt die EKD die bekannte Position, eine aktive Hilfe zum Sterben des Menschen abzulehnen, aber jede mögliche Hilfe beim Sterben (passive Sterbehilfe) zu befürworten. Eben ist die zweite Auflage der Christlichen Patientenverfügung erschienen. Aktuelle medizinische, juristische und theologisch-ethische Erkenntnisse sowie praktische Erfahrungen mit der ersten Auflage sind berücksichtigt worden. Einen ausgesprochen wertvollen Dienst bietet die Hospizbewegung Schwerstkranken und sterbenden Menschen mit ihren Angehörigen an, wenn eine ambulante Versorgung nicht mehr möglich ist. Menschliche Nähe in den letzten Wochen, Tagen und Stunden kann dazu beitragen, das irdische Leben in Würde ausklingen zu lassen. Dankbar für alles, was gelang, entschuldigt von allem, was missraten ist, und voller Zuversicht für „einen neuen Himmel und eine neue Erde nach Gottes Verheißung, in denen Gerechtigkeit wohnt“ (2. Petrus 3, 13).

Es wird viel zu viel einsam gestorben – bei Unfällen, in Bürgerkriegen und als Folge seelischen Schmerzes, längst bevor das Herz zum Stillstand kommt.

Gerechtigkeit und Frieden

Einen dauerhaften Frieden ohne ein Mindestmaß an Gerechtigkeit kann es nicht geben, weder im zwischenmenschlichen Bereich noch im Verhältnis von Völkern oder Staaten untereinander. Schon im Psalm 85 wird dieser Zusammenhang gesehen, wenn in der Bitte um neuen Segen der Wunsch ausgesprochen wird, „dass Gerechtigkeit und Friede sich küssen“ (V. 11). Was die Frage sozialer Gerechtigkeit in der Bundesrepublik angeht, steht die Solidarität auf dem Prüfstand. Es ist die für mich entscheidende Frage, ob es in unserer freiheitlich demokratischen Republik den Tarifpartnern und der Politik im Widerstreit der Komponenten staatliche Verschuldung, Arbeitslosigkeit, Konjunkturschwäche, europäische Gesetzgebung und internationaler Finanzmarkt gelingt, einen für die Mehrheit der Bevölkerung maßvoll gangbaren Weg zu finden, der die Reichen nicht reicher und die Ärmern nicht ärmer werden lässt. Um ein Umdenken in Gesellschaft und Politik und die Erarbeitung von Konzepten, die den Gesamtkomplex von Wirtschafts- und Sozialpolitik unter den schwierigen Rahmenbedingungen beinhalten, kommen wir nicht herum. Christenmenschen

„Mit großem Interesse nehme ich wahr, wie der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU sich in die gesellschaftliche und politische Diskussion um die Bioethik und Biotechnik einbringt. (...) Die Forderung Thomas Rachels nach einem ethisch begleiteten Fortschritt, der der Menschenwürde dient, ist voll zu unterstützen.“

und Landeskirchen wären wohl die Letzten, die nicht ein Gesamtkonzept befürworten würden, das alle nach ihren Kräften in die Pflicht nimmt. Was die Diskussionen um Löhne, Renten, Sozialabgaben, Steuerbe- oder -entlastungen zunehmend erleichtern würde, wäre die Vorstellung eines Paketes von Maßnahmen, die allen Gruppierungen unserer Gesellschaft gewisse Einschränkungen zumuten, um die Marktwirtschaft sozial am Leben zu erhalten. Der Ratsvorsitzende der EKD, Präses Kock, hat es Mitte Januar in Berlin auf den Punkt gebracht: „Die Menschen müssen lernen, auf einzelne lieb oder bequem gewordene Ansprüche zu verzichten – und zwar nicht, weil der Sozialstaat demontiert werden soll, sondern weil er erhalten werden muss.“ (15.01.2003) Und an die Adresse der Politik hat sich Richard von Weizsäcker in einem Artikel Ende Februar gewandt: „Die wichtigste Aufgabe einer weitsichtigen Führung ist es, das langfristig Notwendige kurzfristig mehrheitsfähig zu machen. Hierzu bedarf es großer Überzeugungskraft und vor allem eines gewaltigen Mutes auf jenem Spielfeld, wo jede Wahrheit wie eine Grausamkeit wirkt und wo jeder, der sie ausspricht, von der Abstrafung durch die Wähler bedroht ist.“ (DIE ZEIT, 27.02.2003, S. 11)

„Unter dem Bogen der Hoffnung auf einen neuen Himmel und eine neue Erde, wie sie uns bei Jesaja und Johannes verheißen sind, lässt es sich fröhlich leben und getrost sterben.“

Identität und Verständigung

Das Begriffspaar dieser Überschrift schmückt den Titel einer Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland aus dem Jahre 1994. In ihr werden der Standort und die Perspektiven des Religionsunterrichts in der Pluralität untersucht. Darin wird u. a. festgestellt, dass die Menschen in unserer enger gewordenen Welt das fruchtbare Wechselspiel von gewachsener Identität und anzustrebender Verständigungsfähigkeit brauchen. Es bleibt auch heute unverzichtbar, die in unserem Kulturkreis wirksame biblisch-christliche Tradition, die auch mit der geschichtlichen Existenz in Deutschland verwoben ist, zu thematisieren. Es ist nicht etwa nur eine Schul-Aufgabe, sondern unumgängliche Notwendigkeit qualifizierter Bildung für jung und alt, den reichen Schatz biblischer Visionen und Werte für unsere Gesellschaft neu zu entdecken und ihn im Dialog mit anderen Religionen und Weltanschauungen glaubwürdig zu vertreten.

Eben hat die EKD ihre neueste Denkschrift unter dem Titel „Maße des Menschlichen“ herausgegeben. In der von der Kammer für

Bildung und Erziehung, Kinder und Jugend vorbereiteten Denkschrift werden evangelische Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft aufgezeigt. Ohne eine mehrdimensionale Bildung, die einem ganzheitlichen Verständnis des Menschen Rechnung trägt, werden wir einer menschenfreundlichen und gottesfürchtigen Zukunft immer weniger gerecht.

ZUM SCHLUSS

Ein tiefes Gottvertrauen angesichts der Begrenztheit irdischen Lebens und der Brüchigkeit menschlicher Beziehungen zieht sich im ständigen Wechsel von Lob und Dank, von Klage und Bitte wie ein roter Faden durch die ganze Heilige Schrift. In besonderer Weise geben viele Psalmen sehr ehrliche Einblicke in die Gemütsverfassung und Gedankenwelt der Gläubigen, wenn sie zwischen Zweifel und Zuversicht hin- und hergerissen werden. Aber fast überall, selbst in der leidgeprüften Geschichte eines Hiob und in den depressiven Phasen des Apostels Paulus überwiegen immer wieder die hellen Töne der Hoffnung das tiefe Brummen der Verzweiflung.

Unter dem Bogen der Hoffnung auf einen neuen Himmel und eine neue Erde, wie sie uns bei Jesaja und Johannes verheißen sind, lässt es sich fröhlich leben und getrost sterben. Uns Christen ist nicht verheißen, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, wohl aber ist uns aufgetragen, allein und mit anderen zusammen für mehr Himmel im irdischen Alltag zu sorgen. Dass dieses uns allen und Ihnen im Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU weiterhin gelingen möge und dadurch christliche Werte als Fundament politischen Handelns zu jeder Zeit ins Gespräch gebracht werden zum Wohle der Menschen und zur Ehre Gottes, das wünsche ich Ihnen und uns sehr.

Anm.:

Peter Krug ist Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg und wird im Herbst neuer Militärbischof der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

Der vorliegende Beitrag ist die gekürzte Fassung eines Vortrages, den Bischof Peter Krug vor dem Ev. Arbeitskreis der CDU in Niedersachsen am 26. April 2003 in Rotenburg/Wümme gehalten hat.

Evangelisches Leserforum

Gabriele Metzler: Der deutsche Sozialstaat. Vom bismarckschen Erfolgsmodell zum Pflegefall,

Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart/München 2003, 272 Seiten, 22,90 Euro, ISBN 3-421-05489-4.

„Zu teuer, ineffizient, den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht mehr angemessen, ein überlebtes historisches Projekt“ (S. 208). So wird heute vielfach in der hitzig geführten Debatte über die Zukunft des deutschen Sozialstaats geurteilt. Der heftige Streit um die Sozialpolitik ist allerdings nicht erst für die aktuelle Krise kennzeichnend, vielmehr ist der Streit

um die Ausgestaltung des deutschen Sozialstaats so alt wie der Sozialstaat selber. Die kontroversenreiche Geschichte des deutschen Sozialstaats zeichnet nun die Tübinger Zeithistorikerin Gabriele Metzler in ansprechender Weise nach. Das Buch könnte sicherlich zu einer Versachlichung der aktuellen Debatte beitragen. Denn: In der historischen Perspektive treten die unterschiedlichen Interessen der einzelnen sozialen Gruppen deutlicher hervor, als dies in der aktuellen Diskussion zumeist möglich ist.

Wann ist der moderne deutsche Sozialstaat entstanden? Die Wurzeln des Sozialstaats liegen weit in der Geschichte der Menschheit. Hier muss vor allem der christliche Glaube genannt werden, denn die Hilfe und der Einsatz für Bedürftige werden schon in der Bibel von den Gläubigen gefordert. Die eigentliche Geschichte

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU



Pressemitteilung vom 21. 7. 03

Hilfe zum Leben statt zum Sterben

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Thomas Rachel MdB, erklärt angesichts der neuesten Ergebnisse zur Euthanasiepraxis in den Niederlanden: „Die aktuellen Zahlen der von der holländischen Regierung in Auftrag gegebene Untersuchung führen zu dem Schluss, dass das in den Niederlanden bestehende Euthanasiegesetz in der Praxis zur vermehrten Tötung von Menschen führt, deren Zustand als vermeintlich lebensunwert eingestuft wird. In erschreckend hohem Maße trifft dies auf den Umgang mit nicht zustimmungsfähigen Personen zu. Das grundlegende Argument der Befürworter einer Einführung der aktiven Sterbehilfe ist damit als unzutreffend und menschenunwürdig entlarvt!

Nicht die Selbstbestimmung der entsprechenden Personen gibt in vielen Fällen der Tötung den Ausschlag, sondern die Unterstellung, es handle sich um lebensunwertes Leben: Damit wird aus dem Argument der Selbstverfügung das Faktum der Fremdverfügung. Unter dem Vorwand der Leidenserleichterung findet eine Selektion von Menschenleben statt, die aus christlicher Sicht nicht zu verantworten ist.

Das Beispiel der Niederlande zeigt: Aktive Sterbehilfe ist die falsche Antwort auf schwerwiegende Probleme am Lebensende. Um adäquat auf die Bedürfnisse alter und kranker Menschen eingehen zu können, benötigen wir vielmehr eine Ausweitung der Palliativmedizin und eine höhere Anzahl von Hospizen, da diese für ein menschenwürdiges Sterben Sorge tragen. Wir brauchen Hilfe zum Leben, nicht zum Sterben.

Insbesondere vor dem Hintergrund vielfacher Diskussionen um die aktive Sterbehilfe auch in unserem Land ist die niederländische Situation alarmierend. Angesichts der in den Niederlanden praktizierten Euthanasie muss in jedem Fall verhindert werden, dass dieses Land Vorbild für eine zukünftige Gesetzesregelung in der Bundesrepublik wird.

des Sozialstaats in Deutschland ist dann untrennbar mit dem Namen des ersten Reichskanzlers Otto von Bismarck verbunden, der zunächst nur für Industriearbeiter eine gesetzliche Kranken-, Unfall- und vor allem eine Rentenversicherung einführte. (Erst 1994 wurde mit der Pflegeversicherung eine weitere Säule der Sozialversicherung errichtet). Mit der Einführung dieser Versicherungen verfolgte Bismarck politische Ziele: Er wollte den Einfluss der Gewerkschaften und der Sozialdemokraten auf die Industriearbeiter vermindern. Ein Charakteristikum des deutschen Sozialstaats wird bereits in dieser Gründungsphase deutlich, das bis heute nachwirkt: „Neben der (staatlichen) Vorsorge stand die (kommunale) Fürsorge, neben dem Rechtsanspruch auf soziale Leistung stand das Almosen, das den Empfänger seiner staatsbürgerlichen Rechte verlustig gehen ließ“ (S. 34). Im 1. Weltkrieg erfuhr die Sozialpolitik eine deutliche Ausweitung, die der Stärkung der Kriegsbereitschaft der deutschen Bevölkerung dienen sollte. In der Nachkriegszeit geriet der Sozialstaat dann in seine „tiefste Krise, die mit der ökonomischen und politischen Krise der Weimarer Republik zusammenfiel“ (S. 12). Nach dem ersten Kapitel, das die Gründung und den Ausbau des Sozialstaats bis zum Ende der Weimarer Republik zum Inhalt hat, untersucht die Verfasserin im zweiten Kapitel systematisch die Entstehung von Sozialstaaten im europäischen Modernisierungsprozess. Eingehend beschäftigt sich Metzler nach den systematischen Reflexionen zum Entstehen von Sozialstaaten mit der Sozialpolitik in der NS-Zeit. Zu Recht betont sie, dass der Nationalsozialismus kein neues Sozialsystem entwickelt hat, sondern die bestehenden sozialstaatlichen Strukturen für seine Zwecke nutzte und allenfalls entsprechende Anpassungen vornahm.

Eine völlig unterschiedliche Entwicklung gab es dann nach 1945 in den beiden deutschen Staaten. Während in den drei Westzonen und in der späteren Bundesre-

publik die zentralen Aspekte der bisherigen Sozialstaatlichkeit erhalten blieben und sich in den 50er und 60er Jahren zum Erfolgsmodell entwickelten, kam es zunächst in der SBZ und dann in der DDR zu weitreichenden Eingriffen in die bisherige Struktur der Sozialpolitik. „Immer war, auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs, sozialpolitisches Handeln auf das Ziel fixiert, eine bestimmte Gesellschaftsordnung zu schaffen und zu stabilisieren, also legitimatorische Funktionen mit zu erfüllen“ (S. 140f.). Das westdeutsche Wirtschaftswunder hatte nicht zuletzt seine

Grundlagen in der Sozialstaatlichkeit. Dass die unterschiedlichen Entwicklungen in beiden deutschen Staaten im Vereinigungsprozess unter bundesrepublikanischem Vorzeichen zu zahlreichen Problemen geführt haben, die zum Teil bis heute nachwirken, kann Metzler anschaulich verdeutlichen. Die weitgehende Verlagerung der Kosten der Vereinigung in die Sozialkassen verschärfte die seit dem Ende der Ost-West Konfrontation allgemein erkennbaren Probleme der Sozialpolitik. Eine eingehende Analyse dieser Probleme bieten schließlich die

zwei letzten Kapitel des Buches. Besonders ausführlich werden dabei die demographische Entwicklung und die Kostenexplosion untersucht. Besonders spannend an dem Buch von Metzler ist, dass sie nicht bei einer historischen bzw. aktuellen Untersuchung der sozialpolitischen Probleme stehen bleibt, sondern auch Zukunftsperspektiven für den Sozialstaat entwickelt. Angesichts der Globalisierung und der damit verbundenen Deregulierung der Finanzmärkte verliert der nationale Sozialstaat augenscheinlich an Bedeutung. Nach Metzler könnte hier die EU in Zukunft bestimmte Funktionen der Sozialpolitik übernehmen. – Ein interessantes Buch, dessen Lektüre nur empfohlen werden kann.

*Anm.:
Dirk Fleischer ist Pfarrer in der
Ev. Landeskirche von Westfalen.*



Aus unserer Arbeit

Neuer Landesvorsitzender beim EAK Saar

Der neue Landesvorsitzende des EAK Saar heißt Volker Oberhausen. Der 44-jährige Diplom-Kaufmann aus Homburg wurde auf der Landestagung des EAK in Saarbrücken einstimmig als Nachfolger von Staatssekretär Wolfgang Schild gewählt. Schild wird wegen anderer Verpflichtungen in Zukunft nur noch als Beisitzer im EAK-Landesvorstand mitarbeiten.

Der neu gewählte Landesvorsitzende hat sich für seine zukünftige Tätigkeit drei Schwerpunkte gesetzt: Er möchte den Dialog mit den Kirchen und kirchlichen Organisationen intensivieren, so-

wohl mit den beiden Landeskirchen als auch mit der Evangelischen Allianz. Ferner wolle man innerhalb der CDU Saar thematisch eng mit anderen Vereinigungen zusammenarbeiten, z.B. im Bereich der Familienpolitik und flächendeckend die Arbeit des EAK bekannt machen. Den dritten Schwerpunkt bilde die Zusammenarbeit mit den EAK-Landesverbänden in Rheinland-Pfalz und NRW. Da sich z.B. die Rheinische Kirche über drei Bundesländer erstreckt, sei eine Kooperation zwingend geboten. Oberhausen regte deshalb an, in einer gemeinsamen Klausurtagung der drei Landesverbände diese Fragen zu erörtern.

Meinungsaustausch mit Präses Schneider

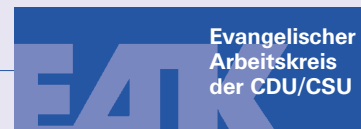
Mit dem Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Ni-



Thomas Rachel im Gespräch mit Präses Nikolaus Schneider, Vizepräses Petra Bosse-Huber und Vizepräsident Christian Dräger.

kolaus Schneider, hat der neue EAK-Bundesvorsitzende, Thomas Rachel MdB, einen intensiven Meinungsaustausch gehabt. Rachel erläuterte die Arbeit des EAK-Bundesverbandes und verwies auf die 200.000 Mitglieder, die zum EAK der CDU/CSU gehören. Präses Nikolaus Schneider betonte die wichtige

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU



Pressemitteilung vom 6. 8. 03

Notwendige medizinische Leistung muss unabhängig vom Lebensalter gelten

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB, erklärt: Angesichts der jüngsten Diskussionen um die künftige Möglichkeit der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland, insbesondere des Gesundheitssystems, gilt es bei allen notwendigen Reformvorhaben den entscheidenden Beurteilungsmaßstab nicht aus den Augen zu verlieren, nämlich den Menschen selbst. Seine Würde und Integrität, und zwar in jeder Lebensphase, darf nicht zum Spielball falscher politischer Richtungskämpfe bzw. vermeintlicher Ökonomisierungslogik werden.

Es ist darum wenig hilfreich und in der Tat moralisch zutiefst verurteilenswert, wenn eine notwendig zu erbringende medizinische Leistung in irgendeiner Form einer Altersbegrenzung, und zwar nach oben wie nach unten, unterliegen würde. So wichtig und unverzichtbar, wie das Nachdenken über neue Wege der eigenverantwortlichen Vorsorge auf allen Ebenen der sozialen und medizinischen Absicherung auch ist, darf dies nicht zu Ungunsten des Solidargedankens und der Menschenwürde geschehen. Alter darf kein Kriterium für die Gewährung oder Nichtgewährung medizinischer Leistung sein.

Im Übrigen sollten wir uns davor hüten, durch falsche Alternativen einen Keil zwischen die Solidargemeinschaft von Alt und Jung zu treiben. Den Rechten der älteren und der jüngeren Generation kann nur gedient werden, wenn beide ihre Verwiesenheit aufeinander und ihre beidseitigen Pflichten füreinander vorbehaltlos anerkennen.

Brückenfunktion des EAK zwischen Kirche und der Christdemokratie. Ausführlich sprachen beide über die Herausforderung für die Ökumene nach der Suspendierung von Prof. Hasenhüttel durch die katholische Kirche. Beide waren für einen weiteren Ökumenischen Kirchentag, auf den konkret zugearbeitet werden soll. Präses Schneider könnte sich vorstellen, dass der Kirchentag im Jahr 2007 in Köln ein Ökumenischer Kirchentag werde. An der Evangelischen Kirche im Rheinland werde dies jedenfalls nicht scheitern.

Zu dem Gespräch stießen später auch Vizepräses Petra Bosse-Huber sowie Vizepräsident Christian Dräger hinzu.

Die Geschichte des EAK!

Das Buch zum 50-jährigen Jubiläum des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

+ Autogrammkarten von Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem Bundesvorsitzenden des EAK, Jochen Borchert (zur Erinnerung an die Veranstaltungen des EAK anlässlich des 1. Ökumenischen Kirchentages 2003 in Berlin).

– NUR SOLANGE VORRAT REICHT! –



Zum Preis von 12,- Euro (inkl. Porto- und Versandkosten). Zu beziehen über: Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon: 0 30-22 07 04 32, Telefax: 0 30-22 07 04 36, E-Mail: eak@cdu.de

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU



Pressemitteilung vom 13. 8. 03

EAK-Bundesvorsitzender, Thomas Rachel MdB: „Versöhnen durch Erinnern“ – Teilnahme an Gedenkfeier für Kriegsverbrechen der Wehrmacht in Griechenland

Berlin/Athen. – Mit dem neuen Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB, wird erstmals ein Mitglied des Deutschen Bundestages an einer Gedenkfeier für die Massaker an der griechischen Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg teilnehmen. Rachel wird am 16. August bei einer Gedenkfeier in dem Ort Kommeno im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Kranz niederlegen. Dort hatte vor 60 Jahren – am 15. August 1943 – eine Einheit der deutschen Wehrmacht ein Massaker begangen, innerhalb weniger Stunden 317 der 680 Bewohner ermordet und die gesamte Ortschaft niedergebrannt.

Bislang hatten an Gedenkfeiern in Griechenland von deutscher Seite Bundespräsident von Weizsäcker 1986 in Kaessariani und Bundespräsident Rau im April 2000 in Kalavrita teilgenommen. Thomas Rachel, der auch stellvertretender Vorsitzender der deutsch-griechischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag ist, betont: „Mit diesem Besuch möchte ich – auch als Christ – ein Zeichen der Erinnerung und damit der Versöhnung setzen. Nur aus der Erinnerung schöpfen wir die Wachsamkeit, damit sich solche Verbrechen nicht wiederholen. Die von Deutschen während der Zeit des Nationalsozialismus begangenen Untaten auch im Süden Europas dürfen im Bewusstsein der Bevölkerung nicht in Vergessenheit geraten.“

Jahresempfang des EAK der CSU

Freitag, 24. 10. 2003 · 19:00 Uhr
Hotel Maritim · Frauentorgraben 11 · 90443 Nürnberg

Ehregast

Peter Hahne, stellv. Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios, Theologe, Mitglied im Rat der EKD

Grußworte

Dr. Günther Beckstein, Bayerischer Staatsminister des Innern
Dr. Ingo Friedrich, Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Anmeldung

CSU-Landesleitung · Elfriede Randl · Nymphenburger Str. 64 · 80335 München
Telefon: 0 89-1 24 33 06 · E-Mail: Elfriede.Randl@csu-bayern.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit März dieses Jahres, pünktlich zum 50. Jubiläum unserer „Evangelischen Verantwortung“ (EV), präsentiert sich diese in einem neuen ansprechenden Gewande. Sicherlich werden Sie die wichtigsten Änderungen bereits bemerkt haben: Wir haben uns bei der Neugestaltung unter anderem dafür entschieden, die Presseerklärungen des Vormonats – aufgrund ihres programmatischen Inhalts, der in der Regel weit über das bloße Tagesgeschehen hinausgeht – mit aufzunehmen, so dass sie von nun an im Wortlaut auch denen zugänglich sind, die über keinen Internet-Anschluss verfügen. Marginalien, Kopfzeilen und Zwischenüberschriften erleichtern des Weiteren die Lesefreundlichkeit. Außerdem hat das neue Logo des EAK Aufnahme und Berücksichtigung gefunden.

Ohne die großzügigen finanziellen Unterstützungen wäre unsere EV nicht in der Form denkbar, in der sie sich heute präsentiert. Im Namen unseres neuen Bundesvorsitzenden, Thomas Rachel, und des gesamten Bundesvorstandes des EAK danke ich Ihnen recht herzlich für Ihre treue und verlässliche Spendenfreudigkeit!

In jeder neuen Ausgabe finden Sie den aktuellen Spendenstand des EAK dokumentiert, an dem viele von Ihnen einen gewichtigen persönlichen Anteil haben. Mit jeder neuen Ausgabe danken wir Ihnen somit auch in stiller Weise für das herausragende Engagement, mit dem Sie uns in der Vergangenheit und bis heute unterstützt haben.

Ich hoffe inständig, dass wir Ihnen durch unser stetes Bemühen, die Arbeit und den Wirkungsbereich des EAK qualitativ und quantitativ auszubauen, immer wieder zur Genüge signalisieren können, dass Ihre Unterstützung „gute Früchte“ trägt.

Bleiben Sie uns bitte weiterhin gewogen und seien Sie gewiss, dass wir für unsere gemeinsame evangelische Sache engagiert und konsequent weiter streiten werden! Gottes Segen für Sie und Ihre Familien!

Ihr



Christian Meißner
(Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU)

Für den Fall, dass Sie uns helfen möchten, finden Sie auf Seite 7 die Angaben zu unserem Spendenkonto.

10 Jahre Bundesvorsitzender

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU bedankt sich bei seinem ehemaligen Bundesvorsitzenden, Bundesminister a. D. Jochen Borchert MdB, der zehn Jahre überaus erfolgreich als Bundesvorsitzender für den EAK tätig war.



Beim Vortrag von Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl „Union und Ökumene“ anlässlich des 1. Ökumenischen Kirchentags in Berlin 2003.

„Eines der wichtigsten Ereignisse während meiner Tätigkeit als Bundesvorsitzender des EAK war der Umzug von Bonn nach Berlin. Dieser Umzug ist in jeglicher Hinsicht aufs Beste geglückt.“

„Auch die Kontakte insgesamt zu den Evangelischen Landeskirchen einerseits und der EKD andererseits konnten intensiviert und vertieft werden. Unsere Empfänge auf den Kirchentagen und unser EKD-Synodempfang sind mittlerweile feste Größen. Ich glaube, dass Verhältnis zur Evangelischen Kirche war selten so gut wie heute!“



Jochen Borchert mit Bischof Dr. Wolfgang Huber beim 1. Berliner Theologischen Gespräch 2000.



Auch als Bundeslandwirtschaftsminister blieb Jochen Borchert immer auf dem Boden der Tatsachen.

des EAK:

Jochen Borchert



Jochen Borchert mit der Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel, und Altbundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog bei der Festveranstaltung zum 50-jährigen Jubiläum des EAK in Siegen 2002.

„Der Evangelische Arbeitskreis steht im Jahr 2003 als feste und verlässliche Größe innerhalb der CDU/CSU da. Die Aufgaben und Ziele, die sich vor über fünfzig Jahren mit der Gründung des EAK verbanden, nämlich die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Konfessionen in der CDU/CSU zu fördern, evangelische Bürgerinnen und Bürger für die Politik zu gewinnen bzw. die Mitglieder der CDU/CSU zu aktivieren und sich vor allem um gute Verbindung zu den Kirchen zu bemühen und diese zu pflegen, sind bis heute Kennzeichen des EAK, der in den 51 Jahren seines Bestehens eine hervorragende und erfolgreiche Arbeit geleistet hat.“

„Der EAK hat durch sein schlagkräftiges Team in den letzten Jahren noch einmal enorm an Bedeutung und Einfluss gewonnen. Natürlich denke ich dabei insbesondere an unser 50-jähriges EAK-Jubiläum in Siegen.“



Jochen Borchert bei seiner Festansprache in Siegen.



„Große Aufgaben liegen vor uns. Auch und gerade für den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU.“



„Was wir gehört haben und wissen und unsere Väter uns erzählt haben, das wollen wir nicht verschweigen unseren Kindern“
(Psalm 78,3+4)

Jeder von uns hat seine eigene unverwechselbare und einzigartige Geschichte. Der Mensch – hat man deshalb oft gesagt – ist ein durch und durch geschichtliches Wesen. Das klingt

fast ein wenig zu philosophisch und abstrakt. Konkret wird dieser Satz aber sofort dann, wenn wir auf unsere je eigene Lebensgeschichte zurückblicken.

Mein ureigenes Leben spiegelt sich nämlich in bunter und schillernder Vielfalt in all den Ereignissen, Widerfahrnissen und Begegnungen wider, die ich selbst erfahren habe, seien sie nun gut oder schlecht: Leid und Freude, Hass und Liebe, Krankheit und Gesundheit, Scheitern und Erfolg, Zweifel und Vertrauen, Enttäuschung und Hoffnung, Schuld und Vergebung und Verzweiflung und Glück haben hierbei ihre untilgbaren Spuren hinterlassen. All das gehört zu mir, ist ein wesentlicher Teil von mir und hat mich zu dem gemacht, was ich heute bin.

Auch der christliche Glaube ist durch und durch geschichtlich. Dies ist bereits ein Signum seiner Wahrhaftigkeit. Das unterscheidet den wahren Glauben zudem von jeglicher Ideologie. Der Glaube kann zwar zur Ideologie erstarren, aber er tut es in der Regel nur dann, wenn er seine eigene Geschichtlichkeit zu leugnen beginnt und vor allem auch diejenige des persönlichen Glaubenslebens selbst. Keine abstrakten Wahrheiten und allgemeinen Sätze lehrt deshalb der christliche Glaube, sondern das „Wort vom Kreuz“ (vgl. 1. Kor. 1,18), er kündigt von dem, was uns unsere Mütter und Väter im Glauben durch den Heiligen Geist erzählt, bezeugt, vermittelt und vorgelebt haben. Die christliche Hoffnung,

das Zeugnis des Neuen Testaments, knüpft dabei an die große Hoffnungsgeschichte des Alten Testaments an. Schon der Fromme des Volkes Israel konnte Gottes Wunderwerke und Taten rühmen und preisen. Der Beter des 78. Psalms tut dies in ganz besonderer Weise: Er blickt in die lange Geschichte Gottes mit uns Menschen, in dieses Geheimnis der seltsamen Verwobenheit von immer wieder neu von Gott gesetztem Heil und Zuspruch auf der einen und menschlichem Abfall von Gott, Unglauben und Sünde auf der anderen Seite. Es wiederholt sich in dieser so betrachteten Geschichte immer wieder ein und dasselbe Muster: Gott handelt, sichtbar und eindeutig, aber der Mensch will nichts davon wissen, er erkennt sie nicht oder vergisst sie schnell wieder, die heilsamen Spuren Gottes in seinem Leben!

Schon der Psalmist des Alten Testaments kennt das Mittel gegen solches Gottvergessen: Erzählen und Erinnern. So sind unsere Kirchen in gewisser Weise immer auch große, unverzichtbare Erzähl- und Erinnerungsgemeinschaften der unvergänglichen Hoffnung. Sie bezeugen – mitten in der Geschichte – das Handeln Gottes an und für uns, zeigen uns die Spuren Gottes in unserem Leben auf. Wir selbst sind nicht die Anfänger dieser Hoffnung, sondern wir haben sie überliefert bekommen von den Generationen vor uns. Das trägt uns und mahnt uns wiederum, selbst zu Zeugen, Kündern und Erzählern dieser Geschichte Gottes für die nächste Generation zu werden. Gott, den Vater Jesu Christi, finden wir nicht einfach über dem „Sternenzelt“, in uns selbst oder in „Wald und Flur“, sondern allein in der Gemeinschaft der Gläubigen, in der Kirche Jesu Christi, in Wort und Sakrament – das sollten wir nie vergessen!

Meißner

Unsere Autoren:

Dr. Angela Merkel
Vorsitzende der CDU Deutschlands
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Bischof Peter Krug
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Philosophenweg 1
26121 Oldenburg

Pfarrer Dirk Fleischer
Hedwigstr.1
48734 Reken